
Vorsitz: Deutschland**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1109. Plenarsitzung)**

1. Datum: Mittwoch, 20. Juli 2016

Beginn: 15.10 Uhr

Schluss: 18.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter E. Pohl

Der Vorsitzende, Kanada, die Slowakei – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Monaco und der Ukraine) (PC.DEL/1159/16), die Schweiz (PC.DEL/1172/16 OSCE+), Kasachstan, Norwegen (PC.DEL/1220/16), die Vereinigten Staaten von Amerika (PC.DEL/1151/16), Armenien, Georgien, Usbekistan, Belarus, Moldau, der Heilige Stuhl (PC.DEL/1167/16 OSCE+), die Russische Föderation (PC.DEL/1158/16), San Marino, die Ukraine (PC.DEL/1153/16 OSCE+), Aserbaidschan, Albanien (PC.DEL/1155/16), Montenegro, Bosnia und Herzegowina, die Türkei (PC.DEL/1179/16 OSCE+), Afghanistan (Kooperationspartner) und die Mongolei sprachen den Angehörigen der Opfer der Anschläge in Frankreich, Kasachstan, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Türkei ihr Beileid aus. Kasachstan, die Türkei und Frankreich (Anhang 1) dankten dem Vorsitzenden und den Delegationen für ihre Anteilnahme.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DES VORSITZENDEN DER
INFORMELLEN ARBEITSGRUPPE ZUR FRAGE
DER MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSSTRÖME**

Vorsitz, Vorsitzender der informellen Arbeitsgruppe zur Frage der Migrations- und Flüchtlingsströme (CIO.GAL/117/16), Slowakei – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik

Mazedonien, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1161/16), Kanada, Russische Föderation (PC.DEL/1156/16), Türkei (PC.DEL/1180/16 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/1173/16 OSCE+), Ukraine (PC.DEL/1154/16 OSCE+), Spanien, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1152/16), Norwegen, Generalsekretär, Belarus (PC.DEL/1202/16 OSCE+), Parlamentarische Versammlung der OSZE, Armenien, Frankreich (Anhang 2), Liechtenstein (PC.DEL/1160/16 OSZE+), Marokko (Kooperationspartner), Aserbaidshan (PC.DEL/1191/16 OSCE+), Serbien, Mongolei, Heiliger Stuhl (PC.DEL/1168/16 OSCE+), Ungarn (PC.DEL/1188/16), Vereinigtes Königreich, Afghanistan (Kooperationspartner), Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 21. Juli 2016, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

1109. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1109, Punkt 2

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

ich danke der Europäischen Union für ihre Erklärung, der ich noch einige Ergänzungen aus nationaler Sicht anfügen möchte.

Am 14. Juli war Frankreich erneut das Opfer eines terroristischen Anschlags, bei dem 84 Personen getötet wurden, die in Nizza an den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag teilnahmen. Auch deutsche, amerikanische, Schweizer, armenische, russische und ukrainische Staatsbürger waren unter den Opfern.

Am Tag nach dem Attentat von Nizza gab der Präsident der Republik mehrere Maßnahmen bekannt:

- Der nach den Anschlägen vom 13. November 2015 verhängte Ausnahmezustand wird verlängert.
- Die *Opération Sentinelle*, die die Mobilisierung von rund 10 000 Soldaten zur Unterstützung der Polizei- und Gendarmeriekräfte auf französischem Hoheitsgebiet ermöglicht, bleibt auf höchster Stufe aufrecht.
- Die operative Reserve wird einberufen und kann die Ordnungskräfte, wo immer erforderlich, unterstützen.
- unsere Einsätze in Syrien und im Irak werden verstärkt, insbesondere um den Irakern bei der Rückeroberung von Mossul zu helfen. Das trägergestützte Fliegergeschwader mit dem Flugzeugträger Charles de Gaulle wird im Herbst im Rahmen der *Opération Chammal* erneut zum Einsatz kommen.

Dieser neuerliche Anschlag zeigt, wie notwendig eine weitere Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit ist. Die gesamte internationale Gemeinschaft muss an einem Strang ziehen, um Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus zu verhüten und das Phänomen ausländischer terroristischer Kämpfer, die Verbreitung von Hassreden insbesondere über das Internet, und die Finanzierung von Terrorismus zu bekämpfen.

Wir vergessen nicht, dass mehrere Teilnehmerstaaten der OSZE erst jüngst Opfer terroristischer Anschläge waren, zuletzt vorgestern Deutschland. Die Terrorgefahr bedroht die gesamte OSZE. Unsere Organisation muss in Bereitschaft bleiben und ihre Bemühungen intensivieren, um den Werten, für die sie steht, größtmögliche Verbreitung zu geben. Die zur Bekämpfung der Radikalisierung, der Terrorismusfinanzierung und des illegalen Handels mit Kleinwaffen begonnene Arbeit ebenso wie jene zur Förderung der Grundfreiheiten, der Menschenrechte und der Toleranz ist für die Zukunft unserer Gesellschaften notwendiger denn je.

Schließlich möchte ich Ihnen allen für die zahlreichen Unterstützungserklärungen danken, die bei unserer Delegation eingegangen sind und die uns tief berührt haben.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1109. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1109, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union an, der ich noch einige Anmerkungen aus nationaler Sicht hinzufügen möchte.

Ich danke ganz besonders Botschafter Wild für die wertvollen Elemente in seinem Bericht im Hinblick auf eine ganzheitliche Herangehensweise an die Migranten- und Flüchtlingsströme in der OSZE. Die ausgezeichnete Arbeit, die wir ihm und seinem Einsatz als Leiter der informellen Arbeitsgruppe sowie seinem Arbeitsstab verdanken, sollte es den 57 Botschaftern der OSZE ermöglichen, uns mit diesem komplexen Thema weiterhin auf informierter Basis auseinanderzusetzen.

Auch Frankreich und seine Delegation haben Wesentliches zu diesen Überlegungen eingebracht, die die Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten unserer Organisation definieren sollten. So hat im Laufe des letzten Jahres eine ganze Reihe französischer Persönlichkeiten zu diesem Thema Stellung genommen.

Polizeidirektor Julien Gentile, Leiter der kriminalpolizeilichen Zentralstelle zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und Beschäftigung von Ausländern ohne ordnungsgemäße Papiere (OCRIEST) betonte, wie wichtig ein abgestimmtes Vorgehen der verschiedenen polizeilichen und kriminalpolizeilichen Dienste, aber auch die regionale Zusammenarbeit ist, um diese Netzwerke erfolgreich zerschlagen zu können.

Die Generalsekretärin der interministeriellen Mission für den Schutz von Frauen vor Gewalt und für die Bekämpfung des Menschenhandels, Elisabeth Moiron-Braud, und die Sonderbotschafterin für grenzüberschreitende kriminelle Bedrohungen, Michèle Ramis, unterstrichen die Bedeutung der internationalen justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit für die Bekämpfung der Schlepper- und Menschenhandelsnetze. Sie wiesen überdies darauf hin, dass eine gemeinsame Rechtsgrundlage geschaffen werden müsse, wofür insbesondere das Palermo-Übereinkommen und seine Zusatzprotokolle zu ratifizieren seien.

Der Koordinator des in Belgrad angesiedelten Regionalbüros für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Südosteuropa, Laurent Goncalves, berichtete ebenfalls bei

Sitzungen der informellen Arbeitsgruppe über seine Erfahrungen vor Ort, die die Wichtigkeit der Bekämpfung dieser Form der Kriminalität deutlich machten, die Migranten ausbeutet und auf deren Kosten enorme Gewinne erzielt, deren unerhörte Größenordnung ausreicht, um gewisse Staaten zu destabilisieren.

Laut Europol werden in Europa mit dem Migrantenschmuggel rund sechs Milliarden Euro erwirtschaftet. Diese Summen können nicht rückverfolgt werden, während Migranten nach wie vor unter absolut prekären Verhältnissen leben und die Staaten für die Aufnahme dieser Migranten- und Flüchtlingsströme große Summen aufbringen müssen. Im Zusammenhang damit erinnert Frankreich daran, dass es strategisch wichtig ist, dass sich die OSZE in den Kampf gegen die Straflosigkeit von Menschenhändlern und Schleusern einbringt, um das Problem an der Wurzel anzupacken. Damit werden wir auch andere Übel vermeiden können, die unsere Sicherheit bedrohen, wie Waffen- und Drogenhandel, Terrorismus und Korruption, die aus den riesigen illegalen Finanzflüssen im OSZE-Raum gespeist werden.

Die Arbeit der OSZE könnte diesbezüglich in drei Stoßrichtungen gehen:

1. Nutzung ihrer Fähigkeiten, Durchführungsorgane und Missionen, der Referate Strategische Polizeiangelegenheiten sowie Grenzsicherung und –management, ihrer Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, unter Vermeidung der Verdoppelung von Aktivitäten anderer internationaler Organisationen, etwa des Hohen Flüchtlingskommissars, der Internationalen Organisation für Migration oder der Europäischen Union. Unsere Mittel sind begrenzt und wir müssen sie optimal einsetzen.
2. Aufruf zur Annahme einer gemeinsamen rechtlichen Mindestbasis unter Nutzung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seiner Zusatzprotokolle gegen den Menschenhandel und gegen die Schleusung von Migranten. So sollte den Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten der OSZE, die diese internationalen Instrumente noch nicht ratifiziert haben, nahegelegt werden, das zu tun, denn sie enthalten das komplette juristische Instrumentarium für die strafrechtliche Verfolgung von Migrantenhändlern und –schmugglern; sie sollten die darin enthaltenen Bestimmungen in ihr innerstaatliches Recht übernehmen.
3. Aufruf zur Verstärkung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE in den Bereichen Polizei und Justiz, mit dem Ziel, die Netzwerke zu zerschlagen und die Hintermänner des Menschenhandels strafrechtlich zu verfolgen. Die Einrichtung in jedem Teilnehmerstaat einer zentralen Stelle für die Koordinierung der Tätigkeit sämtlicher nationalen Sicherheitsdienste (Justiz, Polizei, Zoll) würde das Vorgehen gegen Menschenhändler und ihre Profite erleichtern.

Auf diese Weise, Herr Vorsitzender, könnte die OSZE aus unserer Sicht einen wirksamen und konkreten Beitrag im Umgang mit der Migrationsfrage leisten.

Ich möchte meine Ausführungen jedoch nicht ohne eine leise Mahnung zur Vorsicht beenden. Wir unterstützen zwar viele der von Botschafter Wild vorgebrachten Vorschläge, doch scheint es uns auch wichtig, uns Gedanken über die Arbeitsbelastung zu machen, die sie unter Umständen für gewisse Institutionen wie das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, dessen Arbeit wir unterstützen, mit sich bringen; diesem stehen nur

begrenzte Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben und ein knapp bemessener Haushalt zur Verfügung. Aus diesem Grund werden wir eindeutig Prioritäten in unserer Arbeit setzen müssen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.